

A N T R A G

AN DIE VERTRETERVERSAMMLUNG AM 10. JULI 2021 IN DRESDEN

Antragsteller: Vorstand und die Mitglieder des Erweiterten Beratungskreises (EBK)
der KZV Sachsen

Betreff: TOP 5
Ablehnung einer Bürgerversicherung

Wortlaut des Antrages:

Die Vertreterversammlung der KZV Sachsen lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab und fordert die Politik auf, das duale Gesundheitssystem von GKV und PKV weiterzuentwickeln.

Begründung:

In den Wahlaussagen von SPD, Grünen und Linken wird zum wiederholten Mal die Einführung der Bürgerversicherung gefordert. In diesem Fall sehen führende Wissenschaftler der Gesundheitsökonomie einen dramatischen Anstieg der Beitragssätze im Jahr 2050 voraus oder ersatzweise eine drastische Kürzung der medizinischen Leistungen.

Das Umlageverfahren ist weder generationengerecht noch nachhaltig. Berechnungen zeigen ebenso, dass durch die Einbeziehung der Privatversicherten nur kurzfristig eine Beitragssenkung zu erwarten ist. Neben verfassungsrechtlichen Bedenken, wie z. B. bei der Einbeziehung der Beamten in die GKV, ist die Teilhabe der Versicherten am medizinisch-technischen Fortschritt nicht mehr gesichert.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|-----------------|----|
| für den Antrag: | 35 |
| Gegenstimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 1 |

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen worden.